



**Die Hoffnung
organisieren.**

Die Linke

Wahl-Programm in Leichter Sprache
zur Landtags-Wahl 2026 in Rheinland-Pfalz

Der Text in Leichter Sprache ist von capito Berlin.

4 Personen mit Lernschwierigkeiten
haben den Text auf Verständlichkeit geprüft.



© Europäisches Logo für einfaches Lesen:
Inclusion Europe
Weitere Informationen unter:
www.leicht-lesbar.eu



*Rebecca Ruppert ist Spitzen-Kandidatin
der Partei Die Linke
für die Landtags-Wahl 2026 in Rheinland-Pfalz.*

Zeit, die Hoffnung zu organisieren!

Wie organisieren gemeinsam mit dir
die Hoffnung für Rheinland-Pfalz.

Schon heute machen wir dein Leben günstiger
und unterstützen dich bei Problemen:

- Mit unserer **Mietwucher-App** kannst du prüfen, ob deine Miete höher als gesetzlich erlaubt ist und ob deine Miete gesenkt werden kann.
- Über unseren **Heizkosten-Check** kannst du deine Nebenkosten-Abrechnung einreichen. Wir prüfen dann kostenlos und vertraulich, ob du Geld zurückbekommen kannst.
- Mit dem Angebot **Die Linke hilft** beraten und unterstützen wir dich bei Erhöhungen der Miete, Formularen vom Jobcenter und vielem mehr.



Mehr über die **App**,
den **Heizkosten-Check** und
Die Linke hilft findest du
auf unserer Internet-Seite:

www.dielinke-rhlp.de/index.php?id=40274

Der Reichtum in Deutschland ist ungleich verteilt.
Aber es sind nicht die reichen Menschen,
die unser Land am Laufen halten.
Trotzdem müssen die nicht-reichen Menschen
fast alles in diesem Land bezahlen.
Und finanzielle Kürzungen betreffen nur sie.

Wir wollen verändern statt regieren.
Gemeinsam mit dir sorgen wir für Zusammenhalt
und schaffen eine gerechtere Gesellschaft.

Weniger Miete, mehr fürs Leben

Wohnen ist ein Menschen-Recht.

Aber die Mieten werden immer höher,
Sozial-Wohnungen verschwinden
und die Bau-Kosten explodieren.

Immer mehr Menschen können sich
sogar einfachen Wohnraum nicht leisten.
In Rheinland-Pfalz fehlen bis zum Jahr 2030
über 30.000 Sozial-Wohnungen.
Gleichzeitig stehen viele Wohnungen leer.

Der Immobilien-Markt löst dieses Problem nicht.
Er vergrößert das Problem.

Die privaten Wohnungs-Unternehmen
machen mit hohen Mieten große Gewinne.
Das darf nicht so bleiben!

Die Versorgung mit Wohnraum
muss eine öffentliche Aufgabe sein.

Deshalb fordern wir diese Dinge:

- Wohnungs-Genossenschaften fördern
- eine landeseigene Wohnungs-Gesellschaft gründen
- Wohnungen für alle, die keine finden
- sogenannte Staffel-Mieten verbieten,
die feste Mietsteigerungen im Vertrag festlegen
- sogenannte Index-Mieten verbieten,
die immer von Preis-Steigerungen abhängt
- bei Neubauten den Anteil
an Sozial-Wohnungen erhöhen
- Ablauf-Datum von Sozial-Wohnungen abschaffen:
Einmal Sozial-Wohnung, immer Sozial-Wohnung!
- Eigentümer*innen bestrafen,
wenn ihre Wohnungen leer stehen
- Eigentümer*innen oder Mieter*innen bestrafen,
wenn sie ihre Wohnungen ohne Erlaubnis
als Ferien-Wohnungen anbieten
- mehr Wohnheime für Auszubildende
und Studierende schaffen
- Mieten-Deckel einführen:
Mieterhöhung nur bei notwendigen Sanierungen!

Bessere Gesundheits-Versorgung

Gesundheit ist keine Ware!

Aber der Kosten-Druck steigt immer mehr.

Die Privatisierung von Krankenhäusern
und die sogenannten Fall-Pauschalen
haben die Versorgung schlechter gemacht.

Viele Krankenhäuser müssen schließen.

Die Pflege-Kräfte sind überlastet und
ländliche Regionen sind nicht gut versorgt.

Private Gesundheits-Unternehmen machen Gewinn
und gleichzeitig geht die Menschlichkeit verloren.

Die Gesundheits-Versorgung gehört
zur Grund-Versorgung von Menschen.

Deshalb muss auch die Gesundheits-Versorgung
eine öffentliche Aufgabe sein.

Deshalb fordern wir diese Dinge:

- private Krankenhäuser umwandeln in öffentliches Eigentum
- gesundheitliche Grund-Versorgung in Stadt und Land sichern
- mehr Personal, faire Löhne, kürzere Arbeits-Zeiten
- die Pflege-Kammer abschaffen, also die Berufs-Organisation für Pflege-Kräfte
- mehr Therapie-Plätze und schnelle Hilfe bei psychischen Erkrankungen
- eine wertfreie Beratung für Schwangere in der Nähe des Wohnortes
- eine gemeinsame Kranken-Versicherung für alle Bürger*innen, unabhängig vom Einkommen

Gegen Rechts-Extremismus

Rechts-Extreme bedrohen unsere Demokratie und den Zusammenhalt in der Gesellschaft.

Rechte Hetze erzeugt Hass.

Leider schaut die Politik hier oft weg.

Wir sind ganz klar gegen Rassismus, Juden-Feindlichkeit, Nationalismus und jede Form von Menschen-Feindlichkeit. Wir wollen eine freie und soziale Gesellschaft.

Deshalb fordern wir diese Dinge:

- ein Gesetz gegen Diskriminierung in Rheinland-Pfalz
- bürgerschaftliche Projekte dauerhaft fördern
- eine zentrale Stelle für die Dokumentation von rechts-terroristischer Gewalt
- politische Bildung und Gedenk-Kultur stärken
- eine Regelung gegen Rechts-Extremismus in der Verfassung von Rheinland-Pfalz
- Zusammenhalt für ein buntes Rheinland-Pfalz

Kontakt

Die Linke

Landesverband Rheinland-Pfalz

Gärtnergasse 24

55116 Mainz

Verantwortung: Fabian Bauer

Telefon: 06131 23 79 45

E-Mail: lgs@die-linke-rlp.de



Alle Themen und unser Programm
zur Landtags-Wahl findest du unter:
www.hoffnung-organisieren.de

Wir nehmen keine Spenden von Unternehmen an.
Du kannst unseren Wahlkampf vor Ort oder
mit einer Spende auf unserer Internet-Seite unterstützen.

*Politische Werbung zur Landtags-Wahl in
Rheinland-Pfalz am 22. März 2026, veröffentlicht
und finanziert durch Die Linke Rheinland-Pfalz
Gärtnergasse 24, 55116 Mainz, Tel. 06131-23 79 45
lgs@die-linke-rlp.de, www.die-linke-rlp.de*

*Verantwortlich: Fabian Bauer, Wahlkampfleiter
Gestaltung und Herstellung:
DiG Plus GmbH, www.dig-berlin.de*



*Weitere Informationen laut
EU-Verordnung (EU) 2024/900
<https://www.dielinke-rhlp.de/transparenz>*